

**JU**

JUNGE UNION  
NORDRHEIN-WESTFALEN

## **Sonstige Beschlüsse**

**des 41. NRW-Tages  
am 30. und 31. August 2008 in Paderborn**



## **Beschluss 1: „Jugendgewalt im Internet bekämpfen“**

Im Internet finden sich neue Erscheinungen von „medialer Gewalt“. Hier dürfen Politik und Gesellschaft nicht wegschauen. Das Internet darf kein Rechtsfreier Raum sein. Daher fordern wir:

### **1) Internetpräsenz von Jugendbanden kontrollieren**

Die Kriminalitätsstatistik belegt seit Jahren steigende Tendenzen bei Gewaltdelikten von Jugendlichen. In letzter Zeit kommt es gerade in problematischen Stadtteilen darüber hinaus zur Bildung von Jugendbanden. Viele dieser Jugendbanden verfügt über eine eigene Internetpräsenz, die für die Kommunikation unter einander aber auch mit gegnerischen Banden (z.B. über Foren und Blogs) eingesetzt wird. Hier wird sich zu Straftaten verabredet, außerdem stellen sich Jugendliche oft schwer bewaffnet in gewaltverherrlichenden Posen dar, ähnlich den kriminellen Vorbildern aus der amerikanischen Rapper-Szene.

Die Politik ist gefordert, diese Internetseiten stärker in das Blickfeld polizeilicher Ermittlungen zu rücken. Die JU NRW fordert Polizei und Kommunen auf, diese Internetpräsenzen in einer Ordnungspartnerschaft regelmäßig zu überprüfen und geeignete Mittel bis hin zu einer Sperrung der entsprechenden Seiten zu ergreifen. Gleichzeitig fordern wir den Gesetzgeber auf, die Anbieter solcher Seiten zu sanktionieren.

### **2) Video-Sharing-Portale stärker in die Pflicht nehmen**

Ein aktueller Trend zeigt, dass immer mehr jugendliche Gewalttäter oder ganze Jugendbanden ihre selbst gedrehten Handy-Videos (z.B. von Schlägereien auf dem Schulhof, sog. „Happy-Slapping“), Drohungen und selbstgetexteten Drohbriefe bei großen Video-Sharing-Portalen wie YouTube, MyVideo usw. präsentieren. Dieses gewaltverherrlichende Video-Material ist für jeden Internet-User frei zugänglich und über einfachste Suchbegriffe zu erreichen.

Wir fordern eine stärkere Überwachung dieser Video-Portale durch die Ordnungsbehörden und Jugendämter sowie das frühe Eingreifen durch die Polizei. Eltern und Lehrer müssen über diese neue Form der „medialen Gewalt“ informiert werden. Außerdem sind die Betreiber dieser Portale darauf zu verpflichten, Vorkehrungen zu treffen, die ein Hochladen solcher Videos erschweren und unattraktiv machen (z.B. durch Registrierung der Nutzer mit voller Anschrift, Personalausweisnummer).

## **Beschluss 2: „Faire Entlohnung für Milch und Milchprodukte“**

Die Junge Union NRW fordert die Milchindustrie und die Politik auf, sich in Zusammenarbeit mit den Milchbauern für eine faire Entlohnung der Milch und der Milchprodukte einzusetzen. Die Politik wird ferner aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die im März 2008 beschlossene Quotenerhöhung der EU rückgängig zu machen sowie begleitende Rahmenbedingungen für den Quotenausstieg 2015 zu schaffen.

## **Beschluss 3: „Einführung einer Autobahnvignette und Senkung der Kraftfahrzeugsteuer“**

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen (JU NRW) spricht sich für die Einführung einer Autobahnvignette für PKW aus.

Eine Autobahnvignette soll differenziert, bspw. als Jahres- oder Monatsvignette, angeboten werden und auch für den ausländischen Transitverkehr verpflichtend sein. Im gleichen Zuge ist die Kraftfahrzeugsteuer zu senken. Da sie eine Ländersteuer ist, müssen die Einnahmehausfälle im Rahmen der Neustrukturierung der Finanzbeziehung zwischen Bund und Länder kompensiert werden. Hier bietet sich ein Tausch an Ertragskompetenzen mit anderen Steuerarten oder eine Beteiligung der Länder an der Mineralölsteuer an.

Die Kraftfahrzeugsteuer soll aber in ihrer Form beibehalten werden, da sie geeignet ist, externe Effekte des Verkehrsmitelesinsatzes (bspw. Schadstoffemissionen) zu internalisieren und ggf. zu reduzieren.

## **Beschluss 4: „Abschaffung der Ökosteuer“**

Die Junge Union Nordrhein-Westfalens fordert die Bundesregierung auf die Ökosteuer baldmöglichst abzuschaffen.

Begründung:

In Zeiten exorbitant gestiegener Preise für Benzin, Diesel, Gas und Strom ist eine Ökosteuer nicht mehr zeitgemäß. Die erzieherische Wirkung der Ökosteuer ist heute nicht mehr gegeben, da bei den aktuellen Preisen wohl jeder Mensch in diesem Land verstanden haben dürfte wie wichtig der sparsame Umgang mit Energie, in welcher Form auch immer, ist. Die Ökosteuer belastet daher nur Familien, Auszubildende, Handwerker, Dienstleister, Landwirte, die Liste ließe sich beliebig fortführen. Besonders einkommensschwache Haushalte werden von der Ökosteuer auf Grund ihrer degressiven Steuerwirkung stärker getroffen als einkommensstarke Haushalte. Auch fehlen Menschen mit geringen Einkommen die Möglichkeiten zeitnah in energiesparende Technik (Fahrzeuge, Elektrogeräte, usw.) zu investieren, sodass sie erneut zusätzlich belastet werden.

### **Beschluss 5: „Tagungszeiten kommunaler Gremien bedarfsgerecht gestalten“**

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen fordert bei der Gestaltung der Tagungszeiten kommunaler Gremien die Bedürfnisse von Arbeitnehmern besser zu berücksichtigen. Der Sitzungsbeginn sollte im Regelfall nicht vor 18.00 Uhr liegen.

Begründung:

Die Basis der Kommunalpolitik ist das Ehrenamt. Der terminliche Konflikt von Sitzungen im Bereich des Nachmittages und den Anforderungen am Arbeitsplatz stellt allerdings ein großes Hindernis für die Teilhabe möglichst aller gesellschaftlichen Gruppen an den Entscheidungsprozessen vor Ort dar. Dieser Konflikt ist durch eine adäquate Terminplanung zu minimieren, so dass eine möglichst vielschichtige Teilhabe, insbesondere auch junger Berufseinsteiger, ermöglicht wird.

### **Beschluss 6: „Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke verlängern – Moratorium für Gorleben beenden“**

Die Verteuerung nahezu jeglicher Energie ist in den vergangenen Jahren weltweit zu spüren. Diese Entwicklung trifft dabei nicht nur jede Volkswirtschaft und ihre Industrie, sondern immer auch den Endkunden, der diesen Preisanstieg letztlich zahlen muss. Neben steigenden Preisen ist aber auch - trotz Einsparungsbemühungen und Energieeffizienzmaßnahmen - weltweit in den kommenden Jahren mit einem steigenden Energiebedarf zu rechnen. Daneben muss in der Energiegewinnung aus Klimaschutzgründen künftig viel stärker darauf geachtet werden, vermehrt auf klimafreundliche Energieproduktion zu setzen. Allein die begrenzenden Parameter des Energiepreises, des steigenden Bedarfes und der Klimaverträglichkeit lassen den unter Rot-Grün getroffenen „Atomkonsens“, also den Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Kernkraft, in Deutschland als energiepolitischen Fehler dastehen. Deutschland braucht einen gesunden Mix verschiedener Energieformen, der neben erneuerbaren Energien und fossilen Energieträgern aber eben auch die Kernkraft umfasst.

Die Junge Union NRW spricht sich daher für eine Verlängerung der Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke aus. Dadurch erzielte Gewinne von Energieunternehmen müssen aber vor allem die Steigerung des Strompreises abfedern, anstatt voll bei den Energieunternehmen zu verbleiben.

Neben der Frage der Weiternutzung von Kernkraftwerken müssen wir aber die Frage der Endlagerung radioaktiver Stoffe auf jeden Fall beantworten. Nach bisherigen Erkenntnissen ist die irreversible Endlagerung in kleinen, speziell gefertigten Behältern in einem sich „plastisch“ verhaltenden Stoff wie Salz, welcher durch seine Lage in 800 Metern Tiefe auch noch eine mehr als ausreichende Abschirmung gewährleistet, die sicherste Variante radioaktive Stoffe endgültig zu lagern. Wichtig dabei ist, dass es in Deutschland hinsichtlich der anfallenden Masse radioaktiver Stoffe und des vorhandenen Raumes kein Problem gibt, sodass die Frage der Endlagerung kein mengenmäßiges Problem ist, sondern die Erkundung eines möglichen Endlagers in Gorleben bewusst unterbrochen wurde, um so durch die Nichtklärung der Endlagerung eine Weiternutzung von Kernenergie zu verhindern.

Daher spricht sich die Junge Union NRW dafür aus, das Moratorium über die Erkundung des Salzstockes Gorleben zu beenden und die dort begonnen Arbeiten zeitnah zu einem Ende zu führen.

### **Beschluss 7: „Wiedereinführung der Pendlerpauschale“**

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen spricht sich für die Wiedereinführung der Pendlerpauschale (in der Fassung wie vor dem 01. Januar 2007 gültig) aus und fordert die CDU/CSU Fraktion im deutschen Bundestag auf, dieses Vorhaben umzusetzen.

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen sieht die Pendlerpauschale als einen ersten Schritt hin zu einem Programm zu einer nachhaltigen Entlastung der Steuerzahler in Deutschland.

### **Beschluss 8: „Freies Europa für Arbeitnehmer – CDU-Ideale nicht länger schädigen“**

Die Junge Union NRW spricht sich für eine freie Europäische Union aus. Allen Arbeitnehmern müssen die gleichen Rechte zustehen. Daher fordern wir die Bundesregierung auf, die Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle EU-Bürger der Erweiterung von 2004 in Deutschland ab 01.01.2009 sicherzustellen.

### **Beschluss 9: „Nichtraucherschutz in NRW – endlich konsequent umsetzen“**

In der aktuellen Debatte um einen effektiven Nichtraucherschutz in Nordrhein-Westfalen setzt sich die Junge Union für klare Akzente und für einen konsequenten und lückenlosen Nichtraucherschutz in NRW ein. Sie fordert die CDU-Landtagsfraktion auf, das Nichtraucherschutzgesetz schnellst möglich zu überarbeiten.

Die Gefahren des Passivrauchens drohen in vielen Lebenssituationen. Sowohl in Beschäftigungsverhältnissen innerhalb von Bars oder Kneipen oder aber auch im privaten Bereich, beispielsweise als Gast in Restaurants. Wir begrüßen daher grundsätzlich das Nichtraucherschutzgesetz der CDU-FDP-Landesregierung, welches zum 01.01.2008 in Kraft getreten ist. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Nichtraucherschutzgesetzen in Berlin und Baden-Württemberg zeigt jedoch deutlich, dass es teilweise eklatant verfassungswidrig ist.

Unabhängig von ihrer Verfassungswidrigkeit gehen die hier getroffenen Regelungen beim Nichtraucherschutz politisch nicht weit genug. Die JU NRW kritisiert insbesondere die Möglichkeiten der Umgehung, welche im Nichtraucherschutzgesetz enthalten sind und fordert einen lückenlosen, ausnahmslosen Nichtraucherschutz. Auch das Rauchen in Festzelten, bei Brauchtumsveranstaltungen oder in „Raucher-Clubs“, die den Schutz der Nichtraucher systematisch unterlaufen, muss verboten werden.

Die JU NRW kritisiert insbesondere die Ausnahme vom Rauchverbot in abgetrennten Raucherräumen von Kneipen. Durch diese Regelung entsteht ein enormer wirtschaftlicher Schaden insbesondere bei den traditionellen Eck- und Einraumkneipen, da diese häufig nicht die Raumkapazitäten oder das Personal für die Trennung in Raucher- und

Nichtraucherräume besitzen und die rauchende Kundschaft somit zu den großen Konkurrenten abwandert. Die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bestätigen dies. Eine klare und verfassungsgemäße Lösung für dieses Problem wäre ein lückenloser Nichtraucherschutz ohne Ausnahmeregelungen.

Die Schaffung von abgetrennten Raucherräumen führt auch zu einem völlig unzureichenden Arbeitnehmerschutz. So werden die Arbeitnehmer auch nach dem neuen Gesetz gezwungen, Raucherräume zu betreten und in ihnen zu arbeiten. Bei der Wahl zwischen Arbeitsplatzverlust und Gesundheitsschutz werden sie sich als abhängig Beschäftigte verständlicherweise stets für den Arbeitsplatz und gegen den Schutz ihrer eigenen Gesundheit entscheiden. Der Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gebietet es daher, das Rauchen in Kneipen, Bars und Restaurants ohne Ausnahme zu verbieten.

Außerdem fordern wir in aller Deutlichkeit eine gezielte und ganzheitliche Aufklärung von Kindern und Jugendlichen, um diesen die Gefahren des Rauchens vor Augen zu führen. Dies sollte mit einer weiteren Einschränkung der Werbemaßnahmen der Zigarettenindustrie, mittels einer stärkeren Überwachung durch die kommunalen Ordnungsämter und durch härtere Sanktionen beim Verkauf von Rauchwaren an Kinder und Jugendliche flankiert werden.

Aber so notwendig die gesetzliche Regelung des Rauchens und der Nichtraucherschutz ist. In den eigenen Räumen kann und darf die Politik nicht die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger einschränken. Ein Rauchverbot in der eigenen Wohnung und sonstigen privaten Räumen steht für die JU NRW nicht zur Diskussion. Hier bleibt einzig der Appell an Eltern und vor allem werdende Mütter und zukünftige Väter, zum Wohl ihrer Kinder auf das Rauchen zu verzichten.